

Die Einheit braucht eine zweite Chance



Peter Grabowski

Peter Grabowski ist der kulturpolitische reporter, <https://derkulturpolitischereporter.wordpress.com>

30 Jahre nach der Wende ist Deutschland weiterhin geteilt. Zwischen Ost und West steht zwar keine hohe Mauer mehr, dafür trennt ein tiefer Mentalitätsgraben das Land. Die Ursachen dieses kulturellen Phänomens liegen länger zurück als viele glauben – hüben wie drüben.

Vorab: Es gibt natürlich nicht DIE Ostdeutschen oder DIE Westdeutschen als irgendwie homogene Gruppe. Auch Brandenburg und Sachsen sind ausweislich der jüngsten Landtagswahlen so wie Bayern oder das Saarland überwiegend von Menschen bevölkert, die sich zum liberalen Rechtsstaat bekennen und ihre Stimme demokratischen Parteien geben. Allerdings erzielt die mitunter explizit anti-demokratische und in Teilen auch rechtsextreme AfD im Osten Deutschlands verlässlich doppelt so hohe Wahlergebnisse wie im Westen. Woran liegt das?

Alle gängigen Erklärversuche verweisen auf die deutsche Teilung und dabei vor allem auf die Ereignisse nach dem Mauerfall. Tatsächlich hat der flächendeckende Abbau von Arbeitsplätzen Millionen Ostdeutsche – oft über Nacht – in enorme materielle Unsicherheit gestürzt. Dazu erlebten viele das Ende der DDR auch als Verlust ihrer geistigen wie politischen Heimat und als endgültige Niederlage einer angeblich doch so überlegenen Weltanschauung – IHRER Weltanschauung. Für die Bürger*innen einer lange Zeit enorm starren Gesellschaft war das eine existenzielle Grenzerfahrung, die sich dazu noch wie im Zeitraffer vollzog.

Und doch muss man noch weiter zurück in die Geschichte gucken, um unsere Gegenwart zu verstehen: Historisch betrachtet hatte es in Deutschland bis 1933 eine mehr als hundert Jahre andauernde Entwicklung der liberalen Demokratie gegeben. Sie reichte von Wartburg- und Hambacher Fest 1817 bzw. 1832 über die Revolution von 1848 mit der Paulskirchen-Verfassung und das erste gesamtdeutsche Parlament 1871 bis zur Abdankung des Kaisers 1918 und zur Gründung der Weimarer Republik. Die mündete bekanntlich in die politische, moralische und menschliche Katastrophe der Nazi-Diktatur.

Dieser antidemokratische Rückfall dauerte im Westen allerdings »nur« zwölf Jahre. Dort wurde schon 1945 mehr oder minder direkt an Weimar angeknüpft, mitunter sogar vom selben Personal, insofern es noch am Leben und im Lande war. Konrad Adenauer, Theodor Heuß oder Kurt Schumacher gehörten bereits vor 1933 zur politischen Prominenz, und allein diese drei bildeten ein breites politisches Spektrum ab. Zwar waren sie nicht frei von autoritären Zügen, aber auch von entschieden demokratischer Gesinnung. Ganz anders Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, die führenden Männer im Osten: Sie hatten eine lange kommunistische Vita mit großer Nähe zum Tyrannen Stalin.

So begann die politische Kultur in Ost und West bereits im Sommer 1945 auseinanderzudriften; 1949 entstanden daraus zwei Staaten mit völlig verschiedenen Herrschafts- und

Gesellschaftssystemen. Im Westen entwickelte sich in der Folge neben einer robusten Wirtschaft auch eine lebhaftere Demokratie. Die Bürger*innen lernten über die Jahrzehnte – individuell und als Gesellschaft – sowohl Debatten zu führen als auch den Dissens auszuhalten. Nur ein paar Stichworte: Wiederbewaffnung 1956, Eichmannprozess 1961, Spiegel-Affäre 1962, Ausschwitzprozesse 1963 und natürlich die große politische Disruption, die wir nur noch »'68« nennen. Parallel und zum Teil im Wechsel vollzog sich auch kulturell ein enormer Wandel: Erst revolutionierte der Rock'n'Roll die Musik – und en passant die Rolle der Jugend in der Gesellschaft –, dann folgte der Siegeszug der globalisierten Popkultur.

Diese Prozesse schlugen sich wiederum politisch nieder: Nach zwanzig Jahren gab es den ersten echten Regierungswechsel, fortan stellte die SPD den Kanzler. Willy Brandt wagte dann noch mal »mehr Demokratie«, und auch die sozial-liberale Ära brachte wieder eigene, neue Verwerfungen sowie erbitterte Debatten mit sich, angefangen mit den hoch umstrittenen Ost-Verträgen. Der »Heiße Herbst« des RAF-Terrors von 1977 erschütterte die Republik dann wirklich bis ins Mark, doch erwies sie sich in der Krise als demokratisch gefestigt. Drei Jahre später erfolgte die Gründung der Grünen, 1982 dann der Sturz Helmut Schmidts durch Helmut Kohl in einem konstruktiven Misstrauensvotum. Beides lässt sich als Zeichen demokratischer Normalität lesen.

Ganz anders in der DDR: Zwar gab es auch da Popmusik, Miniröcke und jugendliche Rebellion, aber Regierungswechsel waren im SED-Staat schlicht nicht vorgesehen, schon gar nicht durch Wahlen. Auch existierte – mit Ausnahme der marginalisierten Kirchen – anders als im Westen keine echte Zivilgesellschaft. Vom Fußballverein bis zum Kinderchor funktionierte alles gesellschaftliche Leben in staatlichen Strukturen. Politische Selbstwirksamkeit gehörte deshalb nicht zum Erfahrungsschatz der Bürger*innen im Osten. Faktisch gab es dort also von 1933 bis 1989 – 56 lange Jahre und über drei Generationen hinweg – nie ein öffentliches und ergebnisoffenes Ringen von Weltanschauungen und politischen Ideen. »Unentwegt war dabei von Recht, Demo-

kratie und Freiheit die Rede«, hat der Ostberliner Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk kürzlich in der Wochenzeitung Die Zeit gesagt, »nur war damit etwas ganz anderes gemeint als im Westen.«

Fest steht: Diese beiden Deutschlands haben eine unterschiedliche jüngere Demokratiegeschichte und darüber auch verschiedene politische Mentalitäten ausgebildet. Das allein erklärt natürlich nicht, warum in Brandenburg, Sachsen und bald wohl auch Thüringen signifikant mehr Menschen einer rechtsextremen Partei ihre Stimme geben als im Westen. Und damit keine Missverständnisse aufkommen: Auch dort lehnt ein nennenswerter Teil der Bevölkerung die Demokratie ab und beschert der AfD mitunter zweistellige Stimmanteile. Jedoch registriert die Soziologie in den alten Bundesländern seit langem stabil zwischen 12 und 15 Prozent der Bevölkerung, die zu autoritären und illiberalen Politikentwürfen neigen. Im Osten ist dieser Anteil gut doppelt so hoch – je weiter östlich, desto mehr.

Was also tun? Mir scheint der demokratiegeschichtliche Ansatz aus verschiedenen Gründen interessant. Er blendet nicht aus, dass und wie lange Geschichte nachwirkt und nimmt die psychologischen Folgen von Diktatur und jahrzehntelanger Gängelung ernst. Und er lenkt den Blick von materiellen oder infrastrukturellen Fragen auf kulturelle. Das ist längst überfällig.

Wir sollten endlich zur Kenntnis nehmen, dass weder ein 5G-Netz noch mehr Postfilialen oder Polikliniken der in Ostdeutschland raumgreifenden Ablehnung des pluralen, demokratischen Rechtsstaates wirksam etwas entgegensetzen werden. Wenn dieses Land eine gemeinsame (!) demokratische Kultur haben soll, müssen wir die auch gemeinsam einüben. Dabei könnte die Kulturpolitische Gesellschaft ein zentraler Akteur sein. Vielleicht im lange erprobten Zusammenspiel mit der Bundeszentrale für politische Bildung? Hier wie dort steht an der Spitze ein Präsident mit einer veritablen ostdeutschen Vita. Drei Jahrzehnte nach der Wende ist das leider immer noch eine bemerkenswerte Seltenheit – 30 weitere verschenkte Jahre können wir uns einfach nicht leisten! ■

Spezifische Grenzanlagen

» Vermeintliche Weltoffenheit und die Ausgestaltung einer historisch und kulturell gleichermaßen gesättigten wie vielfältigen Urbanität stehen ja im Zentrum des Heimatgefühls der akademischen Mittelklasse. Allerdings verfügen auch die vermeintlich offenen Kulturkosmopoliten über ihre ganz spezifischen Grenzanlagen. Die Raumeignung der urbanen akademischen Mittelklasse beinhaltet zwar transnationale Bewegungen und öffnet die angestammten Territorien auch für die (kosmopolitischen) Bewohner anderer Länder, doch spielen sich diese Öffnungen stets innerhalb desselben soziokulturellen und geografischen Rahmens urbaner Lebensräume ab. Zu den wirkungsvollsten Anlagen gehört die kapitalistische Ausrichtung des Lebensstils, denn das eigene Territorium wird primär im Modus ökonomischer Grenzen verteidigt. Kulturelle Offenheit wird somit kompensiert durch ein hochgradig effektives Grenzregime, das über Immobilienpreise und Mieten, über ein sozial und ethnisch hoch selektives Bildungswesen sowie über den Zugang zu exklusiven Freizeiteinrichtungen und Clubs gesteuert wird.«

Cornelia Koppetsch: Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter, Bielefeld: transkript Verlag, 2019, S. 244f.